

## **Ergebnisprotokoll**

### **Mitgliederversammlung Mehr Demokratie – Landesverband NRW**

**25.10.2014**

-

**Protokollführer Andreas Müller**

#### Geplante Tagesordnung:

- 1) 13:15 Uhr – MV Formalia
- 2) 13:30 Uhr – Berichte
- 3) 13:45 Uhr – Kandidatenvorstellung
- 4) 14:15 Uhr – Vorstandswahl
- 5) 14:30 Uhr – TTIP
- 6) 15:30 Uhr – Wahlergebnis
- 7) 15:45 Uhr – Anträge
- 8) 16:30 Uhr – Ende

#### Tatsächlicher Ablauf:

#### **13: 35 Uhr - Beginn Mitgliederversammlung Mehr Demokratie**

Begrüßung durch Alexander Trennheuser

#### **1) 13:38 Uhr - MV-Formalia werden abgefragt**

- Ausgabe der Wahlunterlagen
  - ➔ Diejenigen ohne Stimmkarte werden gebeten sich die Unterlagen bei Klaus Hofmann abzuholen
- Versammlungsleitung – Alexander Trennheuser stellt sich zur Wahl
  - ➔ Vorschlag wird angenommen, keine Gegenstimmen, eine Enthaltung
- Wahl Protokollant – Vorschlag Andreas Müller
  - ➔ Vorschlag wird angenommen, keine Gegenstimmen, eine Enthaltung

13:41 Uhr - Tagesordnung wird von Alexander Trennheuser vorgestellt

Tagesordnung wird angenommen, keine Gegenstimmen, keine Enthaltung

## **2) 13:46 Uhr – Berichte**

Alexander Trennheuser stellt Bericht des Landesverbandes NRW vor

### Politisches - 3 Hauptthemen

- Hürden der direkten Demokratie (landesweite Volksbegehren) in NRW senken
- Gesetzentwurf „Transparenzgesetz“ zusammen mit Bund der Steuerzahler und Transparency International
- Aufruf an Kandidierende „Mehr Demokratie in Städten und Gemeinden“

### Finanzielles – Landesverband NRW

Alexander Trennheuser stellt Finanzübersicht 2012/2013/2014 vor

14:16 Uhr – Ende Berichte

## **3) 14:16 Uhr – KandidatInnenvorstellung**

### **→ Wahlvorstand Klaus Hofmann leitet Wahl ein**

Insgesamt sind 233 Wahlbriefe per Briefwahl eingegangen.

Davon konnten 232 Wahlzettel als gültig erklärt werden, da eine Wahlerklärung nicht unterschrieben war.

Stimmberechtigt sind insgesamt 956 Personen

Die Briefwahlbeteiligung lag somit bei 24%

→ Formaler Ablauf der Wahl wurde von Klaus Hofmann erklärt

14:25 Uhr – Wahlhelfer werden bestimmt

Vorschlag Klaus Hofmann → 2 Wahlhelfer

→ 3 Wahlhelfer: Lukas Rosenthal, Andreas Beck, Frank Schwachenwalde – keine Gegenstimmen, 3 Enthaltungen

14:26 Uhr - Klaus Hofmann stellt Antrag: Vorstand entlasten für Periode 2012 – 2014

➔ Keine Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

14:28 Uhr - KandidatInnenvorstellung

8 KandidatInnen, da Herr Walter Rauchenberger seine Kandidatur zurückgezogen hat.

1. Andrea Adamopoulos – nicht anwesend. Vorstellung wurde von Alexander Trennheuser übernommen
2. Jörg Eichenhauer – anwesend
3. Kurt Jürgen Gast – nicht anwesend. Vorstellung wurde von Alexander Trennheuser übernommen
4. Markus Möller – anwesend
5. Gisela von Mutius – anwesend
6. Nicola Quarz – anwesend
7. Jörg Rostek – anwesend
8. Prof. Dr. Holger Schiele – anwesend

Keine Fragen.

14:45 Uhr – Ende Vorstellung

#### **4) 14:46 Uhr – Beginn Vorstandswahl**

14:49 Uhr – Ende Vorstandswahl

#### **5) 14:50 Uhr – TTIP**

Einführung ins Thema durch Alexander Trennheuser

Bericht von Peter Röhrig über TTIP-Bündnis und -Aktionen in Leverkusen

➔ [www.stop-ttip-lev.de](http://www.stop-ttip-lev.de)

Vortrag von Jörg Eichenhauer über mögliche Aktionen und Ziele von Mehr Demokratie.

➔ Was kann jedes einzelne Mitglied tun?

15:53 Uhr - Ende TTIP

#### **6) 15:54 Uhr – Anträge**

Antrag „Gegen die Einführung der Sperrklausel bei Kommunalwahlen“ wird von Alexander Trennheuser vorgestellt

- ➔ Antragssteller: Landesvorstand NRW, Thorsten Sterk
- ➔ Siehe Anhang

16:00 Uhr Abstimmung – Antrag wird einstimmig angenommen, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen

### **7) 16:01 Uhr - Wahlergebnis der Vorstandswahl Mehr Demokratie**

Wahlergebnis wird von Wahlvorstand Klaus Hofmann vorgestellt

250 Wahlzettel

- ➔ 245 gültige Wahlzettel, 5 ungültige Wahlzettel

Benötigte Mehrheit: 123 Stimmen

Stimmen pro KandidatInnen:

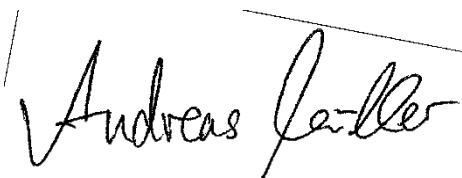
1. Andrea Adamopoulos - 198
2. Jörg Eichenhauer - 150
3. Kurt Jürgen Gast - 129
4. Markus Möller - 159
5. Gisela von Mutius - 158
6. Nicola Quarz - 181
7. Jörg Rostek - 144
8. Prof. Dr. Holger Schiele – 191

Alle KandidatInnen nehmen die Wahl an.

### **9) 16:04 Uhr - Ende Mitgliederversammlung Mehr Demokratie**

**Für das Protokoll**

**Versammlungsleitung**



## **Anhang:**

### **Antrag an die Landesmitgliederversammlung von Mehr Demokratie NRW, 25.10.2014**

#### **Antragssteller:**

Landesvorstand NRW, Thorsten Sterk

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

*Mehr Demokratie spricht sich gegen die Einführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen aus.*

*Mehr Demokratie fordert in der aktuellen Diskussion stattdessen*

- a) Die Einführung des Kumulierens und Panaschieren bei Kommunalwahlen*
- b) Die Verkleinerung kommunaler Vertretungen*
- c) Eine Evaluation der Landesregierung von „best-practice“-Beispielen der Geschäftsordnungen kommunaler Vertretungen hinsichtlich angemessener Redezeiten und Antrags-Möglichkeiten vor dem Hintergrund einer gestiegenen Zahl von Gruppierungen und Einzelvertretern*

#### **Begründung**

Angestoßen von der SPD wird derzeit in NRW wieder über die Einführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen diskutiert. Diese wurde 1999 vom Landesverfassungsgericht gekippt. Auch eine 1-Sitz-Sperrklausel wurde vom Verfassungsgericht 2008 verworfen.

Freilich ist es die Aufgabe des Landtags, politische Entwicklungen immer wieder neu zu bewerten. Für die Einführung einer Sperrklausel hat das Landesverfassungsgericht allerdings hohe Vorgaben gemacht. So fordert das Gericht den Nachweis von schweren Funktionsstörungen der kommunalen Vertretungen; ein Nachweis, der bislang bei keiner der 427 Kreise und Gemeinden erbracht werden konnte.

Die verschiedenen in der Debatte mit der Sperrklausel verbundenen Hoffnungen (etwa: Verringerung der Überhang- und Ausgleichsmandate, Verkürzung der Debatten, Verkleinerung der Räte) lassen sich allesamt unterhalb der Einführung einer Sperrklausel erreichen. Vor allen Dingen die Einführung des Kumulierens und Panaschierens, wie von Mehr Demokratie seit Jahren gefordert, ist hier notwendig. Denn das System des Kumulierens und Panaschierens schließt Überhangmandate aus. Einzelvertreter sind in diesem Wahl-System praktisch chancenlos. Und: durch die Veränderbarkeit der Parteilisten wird es für neue Bewerber weitaus attraktiver auch auf einem der hinteren Listenplätze einer Partei zu kandidieren.

NRW leistet sich trotz leerer Kassen große Stadträte. So hat der Duisburger Stadtrat über 20 Stadtrats-Sitze mehr als das fast 40.000 Einwohner größere Hannover. Köln leistet sich mit 1,05 Mio Einwohnern 10 Stadträte mehr als das 300.000 Einwohner größere München. Die Liste ließe sich fortführen. Ursache ist zum einen das schlechte, weil Überhangmandate produzierende Kommunalwahlrecht von NRW, aber auch die in der Gemeindeordnung NRW vorgesehene Größe der Kommunalvertretungen. Es scheint angemessen, die Größe der Stadträte im Zuge der Einführung des Kumulierens und Panaschierens und der damit einhergehenden Auflösung der Wahlkreise zumindest auf den bundesdeutschen Durchschnitt abzusenken.

Mit der zunehmenden Zahl von Gruppierungen und Einzelvertretern kommen nach Beobachtung von Mehr Demokratie NRW die kommunalen Vertretungen unterschiedlich zurecht. Wie viele und wie lange Redebeiträge es z.B. gibt, ist eine Frage der Geschäftsordnung. Bevor also über die Einführung einer Sperrklausel nachgedacht wird, um so die Rats-Sitzungen zu verkürzen, ist es viel einfacher, bestehende Probleme über die Geschäftsordnung in den Griff zu bekommen. Die Landesregierung sollte dazu evaluieren, welche Änderungen in den Geschäftsordnungen sich bewährt haben.

**Bericht aus dem Büro zur Landesmitgliederversammlung, 25.10.2014 in Düsseldorf**

## **Volksbegehren: Hürde runter!**

von Alexander Trennheuser, Landesgeschäftsführer

Es war der erfolgreichste Online-Aufruf, den der Landesverband NRW je geschaltet hat: 6402 Menschen unterschrieben binnen weniger Tage für eine Absenkung der Volksbegehrenshürde in der Landesverfassung NRW. Wie versprochen wurde daraufhin am 1.9.2014 von Mehr Demokratie mit der Hilfe von über 30 Aktiven und Landesvorständen für jede der 6402 Unterschriften ein Erinnerungs-Taschentuch vor dem Landtag aufgehängt.

Die Aktion fand seitens der Parlamentarier einige Beachtung. Am Nachmittag des Aktionstags war Mehr Demokratie zur Sachverständigenanhörung für den Bereich Partizipation geladen. Die Anhörung ergab ein eindeutiges Bild. Mit Ausnahme eines einzigen Sachverständigen plädierten alle Experten in unserem Sinne für eine deutliche Absenkung der Volksbegehrenshürde.

Die Verfassungskommission im Landtag NRW wird ihre Arbeit noch bis 2016 fortsetzen. Weitere Themen sind z.B. die Einführung einer Schuldenbremse. Mehr Demokratie NRW wird die Arbeit der Kommission mit weiteren Aktionen und regelmäßigen Gesprächen mit den Abgeordneten begleiten und so die Erinnerung an unsere demokratiepolitischen Forderungen wach halten.

Einen wichtigen Meilenstein unserer Transparenz-Kampagne „NRW blickt durch“ haben wir am 19.02.2014 erreicht. Gemeinsam mit Transparency International und dem Bund der Steuerzahler haben wir einen 53 Seiten starken Gesetzentwurf für ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz NRW an die Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Vertreter mehrerer Landtagsfraktionen überreicht. Vorausgegangen war eine über einjährige Erarbeitung dieses Gesetzentwurfs unter Einbeziehung interessierter Bürger, Experten aus Räten, Verwaltungen und Verbänden.

Um die Notwendigkeit eines Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetzes in NRW zu verdeutlichen, vergibt das Bündnis seit April 2014 den Titel „Heimlichtuer des Monats“ an Städte, städtische Gesellschaften und Verwaltungen aus ganz NRW. Träger dieses medial viel beachteten Preises sind u.a. die Landesregierung, die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH und das Duisburger Wohnungsbauunternehmen GEBAG.

Vor der Kommunalwahl 2014 haben wir für den Aufruf „Mehr Demokratie in Städten und Gemeinden!“ geworben und Kandidierende zur Kommunalwahl um Unterstützung unserer demokratiepolitischen Forderungen gebeten - ein Aufruf, dem über 300 Kandidierende aus ganz NRW folgten.